S 6 (1) RJ 13/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	13
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Anhörungsrüge und Gegenvorstellung
Leitsätze	Auch nach Einführung der Anhörungsrüge ist der außerordentliche Rechtsbehelf der Gegenvorstellung statthaft.
Normenkette	SGG § 178a Abs 1 SGG § 178a Abs 2 S 1 SGG § 160a Abs 2 S 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 (1) RJ 13/01
Datum	13.03.2002

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 RJ 102/0
Datum	15.02.2005

3. Instanz

Datum	28.07.2005
-------	------------

Die Gegenvorstellung der KlÄgerin gegen den Senatsbeschluss vom 6. Juni 2005 wird als unzulÄssig verworfen.

Die Beteiligten haben einander fÄr das Verfahren der Gegenvorstellung keine auÄergerichtlichen Kosten zu erstatten.

GrÄnde:

Mit Beschluss vom 6. Juni 2005 â [B 13 RJ 104/05 B](#) â hat der Senat die Beschwerde der KlÄgerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt (LSG) vom 15. Februar 2005 als unzulÄssig verworfen und die Bewilligung von Prozesskostenhilfe fÄr das Beschwerdeverfahren abgelehnt.

Hiergegen hat die KlÄgerin am 15. Juli 2005 Gegenvorstellung erhoben mit dem Vortrag, durch die nicht nachvollziehbare BegrÄndung, die formellen

Anforderungen hinsichtlich der Darlegung eines Beweisantrags seien nicht erfüllt, sei ihr, der Klägerin, grobes Unrecht zugefügt worden; Gleiches gelte, weil der Senat das tatsächliche Vorbringen hinsichtlich der gerügten Verletzung des rechtlichen Gehörs verkannt habe.

Die von der Klägerin erhobene Gegenvorstellung ist unzulässig.

Zwar ist eine Gegenvorstellung auch nach Einführung der Anhörungsrüge durch Einführung des [Â§ 178a](#) in das Sozialgerichtsgesetz (SGG) zum 1. Januar 2005 mit Anhörungsrügegengesetz vom 9. Dezember 2004 ([BGBl I 3220](#)) weiterhin zulässig (vgl. Schenke NVwZ 2005, 729 ff, 732, 739; anderer Ansicht offenbar: Meyer-Ladewig in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG-Komm, 8. Aufl 2005, RdNr 1 zu Â§ 178a). Denn die Gegenvorstellung verfolgt das Ziel, den Fachgerichten die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Verhalten unter bestimmten rechtlichen Gesichtspunkten nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Demgegenüber beschränkt sich die Anhörungsrüge des [Â§ 178a Abs 1 SGG](#) auf die Fortführung des Verfahrens, wenn ein Rechtsmittel oder ein Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat. Eine solche Rüge hat die Klägerin nicht erhoben; sie wäre auch schon deshalb nicht statthaft, weil sie nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zwei-Wochen-Frist (vgl. [Â§ 178a Abs 2 Satz 1 SGG](#)) erhoben worden ist.

Die Änderung eines an sich unanfechtbaren Beschlusses auf Gegenvorstellung hin ist vor allem möglich, wenn die getroffene Entscheidung in offensichtlichem Widerspruch zum Gesetz steht und insbesondere unter Verletzung von Grundrechten ergangen ist, so dass sie sonst nur im Wege der Verfassungsbeschwerde angegriffen werden könnte, oder wenn die Entscheidung zu einem groben prozessualen oder sozialen Unrecht führen würde (vgl. Senatsbeschluss vom 16. Juli 2003 â [B 13 RJ 106/03 B](#) â veröffentlicht bei Juris; BSG [SozR 3-1500 Â§ 160a Nr 24](#) mwN).

Die von der Klägerin vorgebrachten Gründe für die erhobene Gegenvorstellung zeigen keine derartige schwerwiegende Rechtsverletzung auf. Der Senat hat sich in seinem Beschluss vom 6. Juni 2005 an dem verfahrensrechtlichen Erfordernis der "Bezeichnung" ([Â§ 160a Abs 2 Satz 3 SGG](#)) des Verfahrensmangels orientiert und in dem Beschluss im Einzelnen dargelegt, dass dem Sachvortrag die Stellung eines prozessordnungsgerechten Beweisantrags bzw dessen Aufrechterhaltung oder Wiederholung im Termin zur mündlichen Verhandlung entnommen werden können muss. Dass zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde im Schriftsatz vom 27. Mai 2005 vorgetragen worden sei, ein prozessordnungsgerechter Beweisantrag sei im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem LSG vom 15. Februar 2005 gestellt oder zumindest aufrechterhalten bzw wiederholt worden, wird auch in der Gegenvorstellung nicht behauptet. Die Klägerin bezieht sich vielmehr darauf, dass eine entsprechende Antragstellung im Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 15. Februar 2005 niedergelegt sei und "dass in Folge der Beiziehung der Verfahrensakten deutlich wird, dass der Antrag in der letzten mündlichen Verhandlung gestellt worden ist".

Damit verkennt die KlÄgerin die Anforderungen, die [Â§ 160a Abs 2 Satz 3 SGG](#) an die BegrÄndung der Nichtzulassungsbeschwerde stellt.

Bereits aus der BeschwerdebegrÄndung mÄssen sich die tatsÄchlichen UmstÄnde ergeben, aus denen, ihre Richtigkeit unterstellt, der geltend gemachte Verfahrensfehler folgt (stRspr, zB BSG Beschluss vom 29. September 1975, [SozR 1500 Â§ 160a Nr 14](#)). Es ist nicht Aufgabe des Beschwerdegerichts, aus den Akten der Vorinstanz zu ermitteln, ob und ggf wann ein in der BeschwerdebegrÄndung nicht nÄher gekennzeichnete Beweisantrag gestellt worden ist (BSG Beschluss vom 30. April 1997 â [9 BVs 57/96](#) â verÄffentlicht bei Juris, mwN).

Bei einem behaupteten VerstoÃ gegen die tatrichterliche SachaufklÄrungspflicht ([Â§ 103 SGG](#)) kann die VerfahrensRÄge â wie im Senatsbeschluss vom 6. Juni 2005 dargelegt â gemÄÃ [Â§ 160 Abs 2 Nr 3 Halbsatz 2 SGG](#) nur zum Erfolg fÄhren, wenn sie sich auf einen Beweisantrag bezieht, dem das LSG ohne hinreichende BegrÄndung nicht gefolgt ist. Daher muss mit der BeschwerdebegrÄndung dargetan werden, dass ein prozessordnungsgerechter Beweisantrag gestellt worden sei, welchen Inhalts dieser Beweisantrag gewesen und dass der Beweisantrag bis zum Schluss der letzten mÄndlichen Verhandlung aufrechterhalten worden sei (vgl Senatsbeschluss vom 11. November 1999 â [B 13 RJ 173/99 B](#) â verÄffentlicht bei Juris, mwN; BSG SGB 2000, 269 mwN). Dies ist nicht geschehen.

Offen lassen kann der Senat, ob der â nachgeholte â Vortrag in der jetzigen Gegenvorstellung den gesetzlichen Anforderungen an die "Bezeichnung" des Verfahrensmangels genÄgen wÄrde; denn die Gegenvorstellung dient nicht dazu, auÃerhalb der BegrÄndungsfrist des [Â§ 160a Abs 2 Satz 1 SGG](#) versÄumten Vortrag nachzuholen; ergÄnzender Vortrag kann daher nicht zu einer neuen Sachentscheidung fÄhren.

Hinsichtlich der vermeintlichen Verletzung rechtlichen GehÄrs durch das LSG hat der Senat im Beschluss vom 6. Juni 2005 anhand der hÄchstrichterlichen Rechtsprechung aufgezeigt, dass eine GehÄrsverletzung immer erst dann erfolgreich gerÄgt werden kann, wenn der Betroffene aufzeigt, seinerseits alles Erforderliche dafÄr getan zu haben, sich rechtliches GehÄr zu verschaffen, und dass dies im Falle der â vermeintlich â unzureichenden SachverhaltsaufklÄrung regelmÄÃig durch die Stellung eines prozessordnungsgemÄÃen Beweisantrags geschieht. Fehlt es aber bereits an der Darlegung, dass ein solcher Beweisantrag in der letzten mÄndlichen Verhandlung gestellt oder zumindest aufrechterhalten worden sei, kann dieses VersÄumnis nicht â schon gar nicht nachtrÄglich â durch die RÄge der Verletzung rechtlichen GehÄrs "aus der Welt geschafft" werden. Auch hier kann die Gegenvorstellung nicht dazu dienen, durch Nachholung versÄumten Sachvortrags die Frist des [Â§ 160a Abs 2 Satz 1 SGG](#) wieder zu "erÄffnen".

Dieser Beschluss ergeht in entsprechender Anwendung des [Â§ 160a Abs 4 Satz 2 Halbsatz 2](#) iVm [Â§ 169 Satz 3 SGG](#) ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter.

Die Kostenentscheidung beruht auf entsprechender Anwendung des [Â§ 193 Abs 1 SGG](#).

Der Beschluss ist unanfechtbar.

Erstellt am: 06.09.2005

Zuletzt verändert am: 20.12.2024